

Demokratie 3.0?“ Es geht also um den Konnex von Social Software und einer neuen Generation Demokratie. Ein kleines Déjà-vu vermittelt da schon der Untertitel: „Demokratische Potentiale des Internets.“

Die Titelei schuldet sich gleichwohl keinem plakativen Duktus. Meißelbachs expliziter Anspruch ist die Aufnahme einer fast schon traditionellen „Netzdebatte“ – und ein gewissenhaftes Aufschwingen in die „Baumkronen (des) politikwissenschaftlichen Multiperspektivismus“ (S. 6). Sättigungsgrade scheint das Netz an dieser Stelle kaum zu kennen: Was vermag das Internet – nun, endlich – für die demokratische Gesellschaft zu leisten?

Die eindeutige Stärke des schmalen Bandes ist eine schöne Systematik, die die Leserin und den Leser von einer terminologischen Annäherung an das Internet, über die Wesenszüge der globalen Kommunikations-Infrastruktur und den „Dienstleistungen und Anwendungen als Medien zweiter Ordnung“ sowie Überlegungen zur „Kommunikation zwischen Entgrenzung und Restriktionen“ schließlich zur Gesellschaft selbst führt. Hier spiegelt sich die Heterogenität des Objektes und der durchleuchteten Literatur. Wer konkret an Politik und Demokratie interessiert ist, muss jedoch etwas Zeit mitbringen oder den „Mut“ zum Querlesen. Der Rezensent gibt gerne zu, dass er etwa zur Hälfte des Bandes seine entsprechende Ungeduld zum späteren Bemerken an den Rand gekritzelt hat – und dass er damit dem Autoren etwas Unrecht tat, als Meißelbach dieses etwas langatmige Vordringen sehr wohl in seiner Einleitung ankündigt und – gut und richtig – begründet: mit dem oftmals fehlenden „Sicht“-Kontakt partikularer, disziplinenhafteter Studien. Schließlich gelingt ihm eine abgewogene Hinführung zum Kern seines „Problems“. Allerdings bleibt doch anzumerken, dass auf diesem Weg die Systematik bei weitem die Analytik überwiegt, wohl aber auch überwiegen muss.

Konkret den Potenzialen des Internets für die Demokratie nähert sich Meißelbach nach einem empirischen Abschnitt zur Netznutzung (in Deutschland) über die modellhafte Kopplung seiner bisherigen Ausführungen an die drei Stränge der Demokratiedebatte: kompetitive, pluralistische und partizipatorische Demokratietheorie. Hier arbeitet er basale Anforderungen heraus, die solche Konzeptionen nicht nur normativ, sondern auch empirisch-analytisch an ein Medium oder eben eine mediale Infrastruktur anlegen dürften. Dieses modellierende Vorgehen mündet in einer Matrix „Digitale Demokratie im Überblick“ (Tabelle 7.5, S. 96), die einen sehr differenzierten Vergleich der Di-

mensionen „Flussmuster“, „Beteiligte Akteure“, „Mittel“ und „Zweck“ gegenüber „Konversation“, „Konsultation“, „Registration“, „Allokution“ erlaubt – ein recht komplexes Modellverständnis, das zudem noch mit einer qualitativen Zuschreibung zu den erwähnten demokratietheoretischen Konzeptionen unterlegt wird.

Insoweit überzeugt die Arbeit. Meißelbach führt, was in der Literatur in der Tat nur gelegentlich zu finden ist, verschiedene theoretische, über Disziplinen verteilte Zugänge, Vorstellungen und theoretische Vorannahmen zusammen und bietet sie zur Operationalisierung an – ein Modell bildender Beitrag, wenn man so will.

Es dürfte dem Qualifikations-Charakter der Arbeit geschuldet sein (also einer faktischen oder gefühlten Beschränkung des Umfangs), dass nun auf wenigen Seiten ein rasches, geradezu beiläufiges Spiegeln dieses Modells an gelebter Demokratie erfolgt: von der politischen Informiertheit der Bürger über Massenmedien, Parteien, Parlamenten und Abgeordneten zur staatlichen Administration, bei der auch die elektronische Steuererklärung nicht fehlen darf. Dass beispielsweise gerade einmal zwei Seiten den „neuen Chancen zivilgesellschaftlicher Akteure“ gewidmet werden, gerade eine Seite einem Abschnitt „Parteien und das eherne Gesetz der Oligarchie“, zeigt deutlich, dass dieser letzte Part, einschließlich der Schlussbetrachtung, im Grunde genommen nur als Auftaktveranstaltung weiterführender Texte verstanden werden darf. Case studies jedenfalls hätten reichlich mehr parat gestanden, um diesem abrundenden Teil etwas zusätzliche Würze zu verleihen. Gleichwohl bleibt unter dem Strich die Empfehlung des stringent herausgearbeiteten, verschiedene Züge der Sozialwissenschaften zusammenführenden – theoretischen – Modells einer „digitalen Demokratie“.

Klaus Kamps

Tobias Olsson / Peter Dahlgren (Hrsg.)

Young People, ICTs and Democracy

Theories, Policies, Identities, and Websites

Göteborg: Nordicom, 2010. – 250 S.

ISBN 978-91-89471-87-0

Seit Jahren kommt keine Veröffentlichung zu den demokratischen Potenzialen des Internets ohne die in der Einleitung formulierte Klage aus, wie undifferenziert und überspitzt doch die Debatte zu diesem Thema noch immer geführt würde. Und jede dieser Publikationen formu-

liert freilich auch den Anspruch, der Falle überzogener Hoffnungen zu entgehen und sich dem Thema nun endlich nüchtern, differenziert und theoretisch wie empirisch fundiert zu widmen. So ist es auch in der Einleitung zu „Young People, ICTs and Democracy“ nachzulesen. Die Herausgeber stellen in Aussicht, mit den Beiträgen im vorliegenden Band auf Basis „guter Theorien und kritischer Analysen“ (S. 11) dazu beizutragen, den Einfluss des Internets auf das Verhältnis junger Menschen zu Demokratie und Bürgerschaftlichkeit zu erhellen, ohne zu mystifizieren, suggestiv zu argumentieren oder gar zu spekulieren.

Optimistisch kann man wohl sein, dass dieser Band solcherlei Versprechen einlöst. Schließlich gehören die Herausgeber zu den namhaften Vertretern des Forschungszweiges, haben in mehreren einschlägigen Projekten gearbeitet, zuletzt im EU-geförderten Projekt „Young People, the Internet and Civic Participation – CIVICWEB“ unter Leitung von David Buckingham von der London University. Zudem hat sich der überwiegende Teil der Aufsätze schon auf einem im April 2007 in Malmö abgehaltenen Symposium einer Qualitätskontrolle unterziehen müssen.

Der Band ist – dem Untertitel folgend – in vier Abschnitte geteilt. Der erste Abschnitt widmet sich gezielt dem Ausbau des theoretischen Fundaments des Forschungszweiges. So plädiert Natalie Fenton dafür, den Begriff des „Politischen“ zu erweitern und damit die sozialwissenschaftliche (speziell die demokratietheoretische) Sensorik für neue Formen der Partizipation, besonders des Protestes, vermittelt des Internets zu sensibilisieren. Ihr eilt im folgenden Beitrag Janelle Ward mit hoch interessanten Reflexionen über „*Purchasing or Protesting*“ zur Seite. Auch sie betont, dass die zeitgenössischen Demokratietheorien moderne Partizipationsformen nicht berücksichtigen, so z. B. die Artikulation von politischen Einstellungen über Konsum-Entscheidungen im *e-commerce*. Ward entwickelt eine Typologie des *citizen-consumer*, die fraglos Rezeption und weitere Präzisierung verdient. Der letzte Beitrag dieses Abschnitts dämpft schließlich allzu optimistische Erwartungen an den sog. *Prosumer*, also den selbst Online-Inhalte erzeugenden Laien. Nico Carpentier ließ in Fokus-Gruppen über Amateur-Videos aus einem YouTube ähnelnden Web-Portal diskutieren und fand heraus, dass solche Videos zwar als im Vergleich zum medialen Mainstream erfrischend authentisch, gleichzeitig aber als inakzeptabel minderqualitativ bewertet werden. Leider werden in diesem Abschnitt – entgegen

der Ankündigung in der Einleitung – kaum Anknüpfungspunkte zu etablierten Demokratietheorien geboten. Trotzdem liefern insbesondere die Beiträge von Ward und Fenton ungemein inspirierende Impulse für die Fortentwicklung des Nachdenkens über Demokratie und Partizipation – freilich ganz in der intellektuellen Einflugschneise des von Tocqueville, Putnam und Habermas beeinflussten Dahlgrenschen Konzepts der *civic culture*.

Der folgende Abschnitt „Policies“ soll klären, wie mit der neuen Medienlandschaft vonseiten des Staates so umgegangen werden kann, dass junge Menschen Anreize verspüren, sich politisch zu betätigen. Stephen Coleman findet dafür zunächst keine präzisen Lösungen, gibt aber zu bedenken, dass die Erziehung guter Demokraten („*citizens*“) sich nicht notwendigerweise in der Ausbildung von „braven Staatsbürgern“ (*managed citizens*) erschöpfen muss. „*Preaching democracy, practicing paternalism*“ – hierin liegt laut Coleman vergebenes Potenzial, junge und selbstbestimmte Menschen an die Demokratie zu binden. Linda Duits, Liesbet van Zoonen und Fadi Hirzalla entzaubern danach in ihrer Fallstudie des niederländischen Online-Magazins „Spunk“ den Jugend-Journalismus im Hinblick auf oft postulierte Potenziale für die Bandbreite an Themen und Perspektiven in der Medienlandschaft. Leider bleibt unklar, welche Konsequenzen sich daraus für politische Förderprogramme ergeben könnten. Auch insgesamt wird der thematisch bunte Policies-Abschnitt den gesteckten Zielen leider nicht ganz gerecht, was daran liegt, dass die Autoren sich davor scheuen, ihren normativen Standpunkt zu explizieren und aus den Ergebnissen ihrer Studien konkrete Handlungsanweisungen abzuleiten.

Der folgende Abschnitt „Identities“ ist dem Einfluss des Webs auf die Herausbildung einer Bürger-Identität bei jungen Menschen gewidmet. Hier wird, wie schon im Abschnitt „Theories“, vorrangig auf Dahlgrens Konzept des *cultural citizenship* aufgebaut. Maria Bakardjieva stellt das Konzept des „Subaktivismus“ vor, mit dem sie jenes ganz unspektakuläre, alltägliche menschliche Handeln (im Internet) deskriptiv fassbar machen will, in dem sich das „zivilgesellschaftliche Selbstverständnis“ eines Individuums manifestiert. Besonders interessant ist der Beitrag von Telli Aydemir und Bilge Selen Apak, die anhand einer bestens dokumentiert wirkenden Fallstudie über die letztlich erfolgreiche türkische Graswurzel-Kampagne zur Senkung des Wahlalters „Age 25“ aufzeigen, wie sich von jungen Menschen initiierte Online-Kampagnen schnell auch in die tradi-

tionellen Medien ausbreiten und spätestens dann eine große Kraft entfalten können – und das Web so zu einem wichtigen Werkzeug für soziale Bewegungen werden kann.

In den Beiträgen des letzten Abschnittes werden einige Websites auf Potenziale für Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement hin untersucht. Anders Svensson argumentiert vor dem Hintergrund seiner Analyse von über 4000 Diskussionsbeiträgen im Online-Forum eines schwedischen Profi-Hockeyteams, dass schon die Diskurse in ganz politischen Räumen offenkundig eine Keimzelle von Bürgerschaftlichkeit und demokratischer Diskussionskultur seien. Schließlich konstituierten die User die Regeln und Normen der Diskussion selbst und trügen auch selbst dafür Sorge, dass diese in Geltung blieben. Ulf Buskqvists belegt in seinem Artikel mithilfe kritischer Diskursanalyse, dass sich die Partizipationsangebote auf Websites stark daran orientieren, welche Ziele und Strategien die Produzenten dieser Websites (hier: Parteien, Medien, zivilgesellschaftliche Akteure/Jugendorganisationen) verfolgen. Während die erstgenannten Akteure nur die „Illusion von Interaktivität“ erzeugen, neigen zivilgesellschaftliche Akteure eher dazu, die Programmkontrolle zu dezentralisieren und z. B. Foren-Threads nicht allzu restriktiv zu moderieren. Fredrik Miegel und Tobias Olsson weisen in einem der richtungsweisendsten Aufsätze des Bandes jedoch darauf hin, dass die Internetforschung nach wie vor an der Engführung leidet, dass meist nur *entweder* über die Produzenten *oder* über die Inhalte *oder* über die User geforscht wird. Sie fordern und nutzen daher einen Analyserahmen, der alle drei Phänomenbereiche berücksichtigt. Am Beispiel des Scheiterns einer mit dem Ziel der Mobilisierung der schwedischen Wählerschaft vor den Wahlen im Jahr 2006 gestarteten Website zeigen die Autoren auf, welche Erklärungskraft ein solcher dreigliedriger Ansatz entfalten kann.

Wird der Sammelband nun dem eigenen Anspruch gerecht, eine neue Nüchternheit in die sozial- und kommunikationswissenschaftliche Internet-Forschung einzubringen? Wie so oft bei diesem Format muss die Antwort lauten: teilweise! Leider krankt ein nicht zu vernachlässigender Teil der Beiträge an mangelnder inhaltlicher Passung, unklaren theoretischen Vorannahmen und methodischen Unschärfen. Oft wird die benutzte Methode (meist qualitative Inhaltsanalyse oder kritische Diskursanalyse) keiner kritischen Reflexion unterzogen. Andere Beiträge aber – zuvörderst die von Ward, Duits/van Zoonen/Hirzalla, Aydemir/

Apak, Svensson und Miegel/Olsson – begeistern, indem sie frei von den genannten Schwächen und voller wertvoller Perspektiven einer Theorie der Bürgergesellschaft Dahlgrenscher Prägung sind, die einer aufgeklärten demokratiethoretischen Internetforschung gut tun werden.

Christoph Meißelbach

Tina Rohowski

Das Private in der Politik

Politiker-Homestories in der deutschen Unterhaltungspresse

Wiesbaden: VS Research, 2009 – 163 S.

ISBN 978-3-531-16865-4

„Kinkel wird Mensch: Außenminister Klaus Kinkel über Gefühle, Familie, Kohl, Haare färben und das Elend der Welt“ („Kinkel wird Mensch“. In: *Bunte* 48, 39 (1995), S. 103ff.). Es ist diese – mitunter beinahe absurd anmutende – Mischung aus Banalität und politischer Bedeutsamkeit, die sog. Homestories auszeichnet. Am heimischen Wohnzimmertisch, in der Ferienwohnung oder sogar im Pool planschend gewähren Politiker einen Einblick in das, was wie ihr Privatleben daherkommt – und im besten Fall eine gute Inszenierung dessen ist, was die Rezipienten für den Politikeralltag halten sollen.

Kommunikations- und Politikwissenschaft haben diese etablierte Form der Politik(er)berichterstattung in der Vergangenheit geflissentlich ignoriert. Den Homestories wird das Schicksal zuteil, das viele unterhaltende Darstellungsformen ereilt – die Zahl der Rezipienten ist groß, die wissenschaftliche Ignoranz ist es auch. Tina Rohowski setzt mit ihrer Diplomarbeit dort an, wo sich andere Autoren bislang mit Pauschalurteilen, Vermutungen und Verurteilungen zufrieden gaben. Sie leistet mit ihrer Untersuchung einen wichtigen Beitrag zur politischen Kommunikationsforschung.

Tina Rohowski untersucht das Genre seit seinem Entstehen nach dem Zweiten Weltkrieg, nimmt sich der Frage an, wie Homestories in den deutschen Publikumszeitschriften *Stern* und *Bunte* über das Privatleben von Politikern berichten, wie sich die Berichterstattung im Laufe der letzten Jahrzehnte verändert hat und ob es, wie häufig postuliert, tatsächlich eine Zunahme solcher Inhalte gibt.

Auf das einleitende Kapitel folgt eine Analyse des Verhältnisses von Massenmedien und Politik. Tina Rohowski gelingt es, den umfang-